



# Bürger:innenbrief

14. April 2021

Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**DIE LINKE.**

Haushalts-Forderungen +++ Wachsende & gesplante Stadt +++ Paulihaus +++ Wohnungs-Not +++ Sinti-Gedenken

## Liebe Leserinnen und Leser,



Lockdownstimmung am Paulinenplatz (Foto: Heike Sudmann)

ein bisschen Optimismus verbreiten täte in diesen Tagen gut, von wegen die Inzidenzzahlen gehen zurück, die Zahl der gegen Covid-19 Geimpften wächst sprunghaft, schwere Erkrankungen bilden die Ausnahme ... Doch leider bieten die Entwicklungen noch keinen wirklichen Anlass, allzu optimistisch in die nächste Zukunft zu schauen, von den Langzeitfolgen mal ganz abgesehen. Und während es immer mehr Eingriffe ins Privatleben gibt, bleibt die Arbeitswelt weitestgehend unangetastet. Als wenn das Coronavirus tagsüber in Büros, Werkstätten, Produktionsanlagen nicht aktiv sei.

Angesichts der Diskussionen um die vielen neuen Verordnungen - in Hamburg sind wir jetzt bei der 38. »Eindämmungsverordnung« - gehen die derzeit stattfindenden Haushaltsberatungen der Bürgerschaft in der öffentlichen Wahrnehmung unter. Dabei handelt es sich um die *Königsdisziplin* des Parlaments: die Beratung und Verabschiedung des Haushalts, konkret des Doppelhaushalts für die Jahre 2021/2022. Wir machen das nun zum wiederholten Male mit und legen echt viel Kraft in die Erarbeitung von Anträgen: Wir studieren hunderte Seiten Zahlenkolonnen, achten auf Kürzungen und

Mittelverlagerungen (was bei der doppelhaushaltigen Haushaltsführung auch kein Zuckerschlecken ist, weil oft unklar ist, was sich hinter einer bestimmten »Produktgruppe« alles verbirgt), halten Rücksprache mit Initiativen, Verbänden und Einrichtungen und versuchen so, im Großen und Ganzen und konkret an einigen markanten Beispielen die Konturen für einen alternativen Haushalt zu zeichnen. Dieses sich über Wochen, ja, Monate hinziehende Engagement wird »draußen« sehr wohl goutiert. Allein, nach unserer Erinnerung haben wir noch nie seit Einzug der Linksfraktion in die Hamburgische Bürgerschaft 2008 auch nur einen einzigen Haushaltsantrag durchbekommen. Es ist eben auch die *Königsdisziplin*, bei der wir uns immer wieder zusammenreißen und gut zusprechen müssen. Unser Job halt. Und doch ärgern wir uns immer noch und immer wieder über die Uneinsichtig- und Hartleibigkeit der regierenden Koalition...

Was wir so wollen und wie das in die Haushaltsdebatte eingebracht wird, das machen wir in diesem »Bürger:innenbrief« exemplarisch zunächst an den Bereichen Kinder, Jugend, Familie und Schule deutlich. In der nächsten Ausgabe geht es

dann schwerpunktmäßig um die Etatbereiche Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr.

Aber natürlich versuchen wir auch mit dieser Nummer größere Ausschnitte aus dem politischen Leben und unseren Fraktionstätigkeiten abzubilden. Das reicht von einzelnen Brennpunkten wie der abbruchgefährdeten Schiller-Oper und dem unsäglichen Paulihaus über die neuesten Entwicklungen im Wohnungsbereich bis hin zu Gastbeiträgen über

die Sinti in Hamburg und eine im Entstehen begriffene Volksinitiative »Hamburg werbefrei«.

Bleibt festzustellen: Wir freuen uns natürlich über kritische Einwürfe, interessante Artikelangebote und viele neue Online-Abonnements.

Bleibt alle, bleiben Sie gesund!

Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus  
Hanno Plass und Michael Joho

## Mehr Mittel: für Kinder, Jugend, Familie, Schule!

Hanno Plass und Sabine Boeddinghaus über LINKE Forderungen für den Doppelhaushalt 2021/22



Demo für bessere Schulen, Februar 2019 (Foto: Sabine Böddinghaus)

Wieder einmal wird ein Doppelhaushalt verabschiedet. Über die Feinheiten der Art und Weise (»doppisch« statt »kamealistisch«) wird mensch sich bei finanz- und wirtschaftspolitischen Fachleuten Rat holen müssen. Fest steht, dass die Frage der Verteilung der Haushaltsmittel politische Aushandlungen nach sich zieht, logo.

Der Umfang des Haushalts der Schulbehörde beträgt (laut Entwurf) knapp über 3 Mrd. Euro, von dem der größte Teil für Personalausgaben verwendet wird. Interessanterweise schlägt sich die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) die Lorbeeren für den Schulbau immer auf die eigene Schulter, nur sind diese Mittel aus dem Topf von Schulbau Hamburg SBH, welche (wie auch der Eigentümer der Schulen, das Sondervermögen Schulimmobilien) zur Finanzbehörde gehört.

Wie dem auch sei – grundsätzlich befinden wir uns in einem Dilemma: Es braucht eine grundlegende Veränderung im Schulsystem, damit es die Bildungsgerechtigkeit ernst nimmt, auf der Grundlage der UN-Konventionen für die Rechte von Kindern und Jugendlichen und für die Rechte von behinderten Menschen; diese Veränderung würde auch zur Folge haben, die organisatorischen und funktionalen Gege-

benheiten der Schule, wie sie heute ist, umzukrempeln. Wir haben mit dem Entwurf eines neuen, inklusiven Schulgesetzes einen sehr fundierten Vorschlag gemacht.<sup>1</sup>

Doch derzeit kommen wir noch nicht einmal dazu, diesen Vorschlag – den ja viele Bildungsaktive in der Stadt unterstützen – weiter zu diskutieren. Daher sind wir auf Umstellungen innerhalb des bestehenden Rahmens von Schule beschränkt. Darin gibt es eine ganze Reihe von Missständen, die wir seit langem bemängeln und deren Überwindung wir uns deutlich anders vorstellen als die Schulbehörde.

Doch es bewegt sich etwas, das muss mensch der BSB schon zugestehen. Das Gehalt der Grundschullehrkräfte wird in einer Zwei-Jahres-Abstufung auf A13 angehoben (ungeklärt sind nun natürlich die Aufstockungen für Funktionsstellen...), es werden mehr Lehrkräfte eingestellt (bei einem allgemeinen Lehrkräftemangel) und es wird Geld für Inklusion in die Hand genommen. Nicht, dass es reichen würde, klar, aber Schritte nach vorne sind sichtbar.

<sup>1</sup> [www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2019/11/schulgesetzentwurf.pdf](http://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2019/11/schulgesetzentwurf.pdf)

Dahin musste die Schulbehörde mit großer Kraft gedrängt werden und nicht zuletzt die prognostizierte deutliche Zunahme der Schüler:innenzahlen bis 2030 ist ein Faktor, der auf die Ausgabenerhöhung wirkt.

Was jedoch allgemein und schon vielfach bemängelt wurde, ist das Lehrer:innenarbeitszeitmodell bzw. die Verordnung (LAZM/LAZVO), die 2003 als Planungsmodell für den Unterricht eingeführt wurde, jedoch mittlerweile vollkommen überholt ist, weil viele Tätigkeiten, die der Lehrberuf mit sich bringt, nicht in der Verordnung abgebildet werden, neue Aufgaben hinzugekommen sind – und statt der Planung, das LAZM zu einem Abrechnungsmodell geworden ist. Die umfangreichen Empfehlungen der Behler-Kommission von 2008 wurden nicht alle übernommen und auch diese Evaluation der LAZVO ist zwölf Jahre her.<sup>2</sup> Der größte Witz, als wir einmal fragten, wie denn bemessen wird, ob die Zeit für die Lehrkräfte nach der LAZVO reicht, war die Senatsantwort: Sie kommen mit der Zeit aus, weil sie auskömmlich ist.

Wir werden also erneut in einem unserer Änderungsanträge zum vorgelegten Doppelhaushalt die Forderung aufgreifen, die Zeiten für allgemeine Aufgaben (A-Zeiten) aller Lehrkräfte um zwei volle Stunden in der Woche zu erhöhen (im Fachjargon: Sie soll »unteilbar« sein, damit ganze 120 Minuten allen Lehrkräften, auch denen in Teilzeit, zur Verfügung stehen). Wofür die beiden Stunden?

Kaffeetrinken unter Kolleg:innen, wie der vorurteilsgeplagte Volksmund meint zu wissen. Natürlich nicht. Die Behler-Kommission betonte die sozialen Funktionen, die Lehrkräfte wahrnehmen, sowohl gegenüber Eltern, aber auch für Schüler:innen, die sich meistens in Gesprächen ausdrückten. Dafür muss mehr Zeit sein. Es muss auch mehr Zeit sein für den fachlichen Austausch der Kolleg:innen untereinander und mit den Pädagog:innen der Ganztagsangebote. Eine schüler:innenspezifische Unterrichts- und Aufgabenvorbereitung ist ebenso notwendig mit Mehrzeit auszustatten wie die Referendarausbildung. Die Praktiker:innen wissen zumeist, wo der Schuh drückt und die Hütte brennt – und warum sie mit ihrer Zeit nicht auskommen. Wenige wissen, dass diese umfangreichen Empfehlungen schon vorlagen, nicht umgesetzt wurden und sie immer mit der Formel der »Auskömmlichkeit« hingehalten werden. Denn: Eine Veränderung der LAZVO ist, wie es im Behördenjargon heißt, ressourcenauslösend, sie kostet. Es werden mehr Kräfte gebraucht, um die Zeit, die nicht im Unterricht verbracht wird, abzudecken. Weil die Kolleg:innen allgemeine Aufgaben wahrnehmen. Mal sehen, wie der Senat sich rausredet, für 21.159 Lehrkräfte an Hamburger Schulen je eine Stunde mehr zu gewährleisten. Ist vielleicht nicht einfach, es ist sicherlich auch nicht billig, aber es ist bitter nötig, um ein Mindestmaß an Qualität in der schulischen Bildung zu gewährleisten.

Die Behler-Kommission hatte schon 2007 angemerkt, dass Zeiten für IT eingerichtet und erhöht werden müssten, ggfs. mit eigenem Fachpersonal. Digitalisierung war eines der Reizthemen des Jahres 2020. Die Not, irgendwie eine Form des Unterrichts auf Distanz auf die Beine zu stellen, machte zügige Schritte in der Digitalisierung notwendig. Dabei wurde

klar, dass aus dem ersten Digitalpakt, der Ende 2019 verabschiedet worden war, bisher kaum Mittel abgerufen wurden. Warum? Weil, so heißt es von der Basis, das Antragsverfahren aufwendig und voraussetzungsvoll ist. Es bedarf einer allgemeinen Infrastruktur wie Glasfasernetzen und schuleigenen mediendidaktischen Konzepten, bevor Schulen Gelder für ihre Infrastruktur beantragen konnten – wobei sie keinesfalls dieses Geld aus dem Digitalpakt I für Personal verwenden durften. Das Supportsystem 3S ist bisher auf tönernen Füßen gebaut mit studentischem und häufig wechselndem und vor allem wechselnd qualifiziertem Personal, die immer die aktuellsten Geräte warten und aufbereiten dürfen.

Aber dann kam Corona und dann kam der Digitalpakt II und alle Hamburger Schulen bestellten schnell mobile Endgeräte. Und mit den Endgeräten kamen die Probleme:

- Wer richtet ein (die schulische IT-Infrastruktur, Stichwort: Bandbreiten, reichte vorne und hinten nicht und die Schulbehörde musste zu Unterstützungsschritten quasi getragen werden);
- die IT-Kräfte zur Einrichtung fehlten (machten fachkundige Kolleg:innen zuhause und in der Freizeit);
- nicht alle Schüler:innen bekamen Geräte, die sie brauchten (die Elternkammer und Eltern privat machten sich ans Sammeln);
- die behördeneigenen, eingekauften Unterrichts- und Verwaltungssysteme laufen nicht (Eduport, Lernmanagementsystem Haha-hamburg);
- das zweimalige gemeine und arrogante Gezerre um die Anspruchsberechtigung nach SGB II und XII auf einen Zuschuss für ein mobiles Endgerät mal ganz abgesehen...

Viele Leser:innen werden zig Beispiele aus ihrem eigenen Alltag mitbekommen haben.

Die ganzen Defizite wurden mit der Werbesprache der Schulbehörde schön geredet, derzufolge man so viele Geräte ausgegeben und so viel Bundesmittel abgeschöpft hätte. Wie viele Geräte an den Schulen einsatzbereit gemacht und wirklich ausgegeben wurden, darüber hüllt sich die Behörde, auch auf Nachfrage, in Schweigen. Hauptsache, die Presse stimmt?

Zudem wurden Schulen ohne Ausgleich Gelder aus deren IT-Topf abgezogen, um mobile Endgeräte zu beschaffen – ein gravierender Eingriff in die schulische Selbstverwaltung.

DIE LINKE setzt in diesem Doppelhaushalt auf einen massiven Ausbau der digitalen Infrastruktur – und der digital gestützten Bildung. Damit ist nicht nur gemeint, dass jedes Schulkind ein eigenes nutzbares Gerät mitsamt Hülle, Kabeln, Netzzugang, ggf. Drucker und Papier benötigt. Auch die Lehrkräfte brauchen nutzbare Geräte.

Nun stellt der Senat noch 88 Millionen an Eigenmitteln für die Jahre 2021/22 bereit. Geld, das vornehmlich für den Schulbau eingesetzt wird, wie die Behörde im Haushaltsausschuss am 23. Februar klarstellte.<sup>3</sup> Bitter nötig ist der Einsatz

<sup>2</sup> [www.hamburg.de/contentblob/775816/c4faf3d8b80a2eca0aef-80bb081945db/data/anlage-bsb-behler-bericht.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/775816/c4faf3d8b80a2eca0aef-80bb081945db/data/anlage-bsb-behler-bericht.pdf)

<sup>3</sup> Drs. 21/15798, [www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/65301/fuenf\\_vor\\_zwoelf\\_keine\\_zeit\\_fuer\\_bildung\\_mit\\_dem\\_lehrer\\_innen\\_arbeitszeitmodell.pdf](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/65301/fuenf_vor_zwoelf_keine_zeit_fuer_bildung_mit_dem_lehrer_innen_arbeitszeitmodell.pdf)

des Geldes, da zum Teil alte Systeme nicht auf den aktuellen Stand erneuert werden und es massiven Bedarf an Ausbau beispielsweise von WLAN-Zugangspunkten gibt. Funfact ist aber, dass die Summe von 88 Millionen ausreichen würde, um allen Schüler:innen ein iPad zu kaufen. Auf die 367 bestehenden staatlichen Schulen umgerechnet wären es knapp 240.000 Euro, die den Schulen zur Verfügung stehen – auch nicht der große Wurf.

Für die Einrichtung und Wartung der Endgeräte in den Schulen selbst ist es nötig, die digitale Infrastruktur, also Netzzugänge, WLAN-Zugänge, Bandbreiten, massiv auszubauen, damit Lehrkräfte die Geräte (ob für Schüler:innen oder Lehrkräfte) nicht zuhause auf ihre privaten Kosten einrichten müssen. Sind damit die schulbaulichen Maßnahmen gemeint, von denen die Behörde spricht?

Sehr wichtig ist ebenfalls, dass ein datenschutzkonformes Arbeiten möglich ist. Dazu hatten wir schon im November 2020 vorgeschlagen, dass die Schulbehörde – analog zur Universität – eigene Server aufbaut, die sie selbst unter den Regularien der Datenschutzgrundverordnung betreibt. Wie ist der Blick in die eigene Wohnung in der Videokonferenz geregelt – und wer schaut mit und nach? Die Schulbehörde hat auch zu sehr gespart, um praktikable digitale Plattformen für Lehrmaterialien bereitzustellen. Über »EduPort« lachen die Kolleg:innen und »Ledas Lernmanagementsystem Hamburg LMS« läuft weder zuverlässig noch lassen sich dort z.B. Lehrvideos hochladen. Da Youtube erst für Jugendliche ab 13 Jahren verfügbar ist, müssen bis zu diesem Alter sichere, stabile Videoplattformen her.

Für Wartung und Betreuung des gesamten IT-Apparats soll – und damit deutlich weitergehend als die Pläne der Schulbehörde, die wiederum hauptsächlich auf Bundesmittel aus dem Digitalpakt IV setzt – an jeder Schule sofort eine Vollzeitstelle für den IT-Bereich eingerichtet werden, so wird ein weiterer Antrag von uns lauten. Darüber hinaus muss ein belastbares und wirksames Verfahren entwickelt werden, wie Schulen nach ihrem Sozialindex (der dringend überarbeitet werden muss) ausreichend ausgestattet werden – sowohl mit Geräten als auch mit Wo/man-Power. Denn wo mehr Armut ist, wird es sicher auch mehr Schüler:innen mit mehr Problemen hinsichtlich der digitalen Ausstattung geben. Die Schulen dahingehend zu einer ausreichenden Unterstützung und Betreuung auszustatten, ist ein Aspekt für Bildungsgerechtigkeit.<sup>4</sup> Und: Bundesmittel laufen irgendwann aus, die Bedarfe werden aber voraussichtlich weiter bestehen – spätestens dann muss Hamburg die Kosten alleine tragen. Es macht mehr als Sinn, solide zu planen und nicht zu knausern, denn »man«, das bundesdeutsche Bildungswesen, steht sowieso in der westlichen Welt weit hinten in der digital unterstützten Bildung.

Und dann gibt es ja noch die Lehrkräfte, die ein neues Lehrformat lernen müssen: digital gestützten Unterricht. Der kann mehr als Videokonferenzen. Doch dafür müssen Lehrkräfte geschult und fort/weitergebildet werden. Allein diese Aufgabe, die ja schon seit Jahren besteht, würde es unserer Ansicht nach gebieten, für jede Lehrkraft 30 Fortbildungs-

stunden pro Jahr einzurichten. Natürlich hieße dies, mehr Personal einzustellen. Doch wie sonst will unser Schulsystem auch diese technische Aufgabe pädagogisch meistern? Die Erfahrung jetzt ist zumeist: Frontalunterricht in der Videokonferenz vor schwarz-weiß kopierten Aufgabenblättern minderer ästhetischer und inhaltlicher Ansprache. Demotivierend und langweilig wie der 15. Matritzenabzug der gleichen Vorlage.

Wie beschrieben ließen sich so die beiden Schwerpunkte der diesjährigen bildungspolitischen Haushaltsforderungen umschreiben bzw. begründen. Inhaltlicher und qualitativer Schulentwicklung steht die Hamburger Schulbehörde bis auf das Nötigste sowieso fern. Das wird man in einem weiteren Schritt angehen müssen.

### **Haushalt mit links – Veranstaltung der Linksfraktion**

**Donnerstag, 20. Mai 2021, 18:30-20:30 Uhr,  
online**

Der »Einzelplan 4« umfasst die vier Politikbereiche Soziales, Arbeit und Integration, Jugend und Familie sowie Gesundheit und ist damit nicht nur der größte Einzelhaushalt der Stadt, auch die Finanzierung vieler Initiativen und Beratungsstellen in den Stadtteilen wird dadurch sichergestellt. Für viele der Zuwendungsempfänger:innen ist der Haushalt aber nicht nur völlig intransparent, sie müssen zudem mit erheblichen Kürzungen rechnen. Denn der Haushalt sieht allein im Haushalt der Sozialbehörde Einsparungen von mehr als 227 Mio. Euro in den nächsten zwei Jahren vor. Hinzu kommt, dass anzunehmende Mehrbedarfe durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie im Haushaltsentwurf gar nicht erst abgebildet sind. Dazu wollen wir mit den Trägern, Initiativen und unseren Bündnispartner:innen ins Gespräch kommen und unser Konzept einer solidarischen Haushaltspolitik vorstellen und diskutieren.

Im 1. Teil der Veranstaltung soll unser Haushaltskonzept und Vorschlag einer Finanzierung vorgestellt werden. Im 2. Teil gibt es kurze Inputs der jeweiligen Fachsprecher:innen zu unseren Anträgen in den Fachbereichen, anschließende Diskussion. Moderation: Sabine Boeddinghaus.

<sup>4</sup> [www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/74852/protokoll\\_der\\_oeffentlichen\\_sitzung\\_des\\_haushaltsausschusses.pdf](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/74852/protokoll_der_oeffentlichen_sitzung_des_haushaltsausschusses.pdf), S. 13.

<sup>5</sup> Die Forderungen sind zum Teil schon hier gestellt worden: [www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/73337/0110101001100001\\_lasst\\_die\\_daten\\_frei\\_fliessen\\_die\\_bandbreiten\\_fuer\\_schulen\\_erhoehen\\_internet\\_fuer\\_alle\\_schulpflichtigen\\_kinder\\_und\\_jugendlichen.pdf](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/73337/0110101001100001_lasst_die_daten_frei_fliessen_die_bandbreiten_fuer_schulen_erhoehen_internet_fuer_alle_schulpflichtigen_kinder_und_jugendlichen.pdf), [www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/74954/zusatzantrag\\_zu\\_drs\\_22\\_3541\\_richtiger\\_it\\_ausbau\\_nur\\_mit\\_den\\_kindern\\_im\\_blick.pdf](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/74954/zusatzantrag_zu_drs_22_3541_richtiger_it_ausbau_nur_mit_den_kindern_im_blick.pdf)

# Hamburg – wachsende und gespaltene Stadt

Soziale Infrastruktur mitdenken und stärken – fordern Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass



Foto: <https://hamburger-spielhaeuser.de>

Anfang Juni wird die Hamburgische Bürgerschaft den nächsten Doppelhaushalt für die Jahre 2021/22 mit der rot-grünen Zweidrittel-Mehrheit beschließen. Die Fraktion DIE LINKE wird ihn ablehnen und für alle Lebens-, Lern- und Arbeitsbereiche der Hamburger:innen eigene Anträge vorlegen. DIE LINKE kritisiert gerade vor dem Hintergrund der wachsenden sozialen Spaltung als Folge der Pandemie und der geplanten Refinanzierung der Corona-Milliarden aus dem Kernhaushalt die derzeitige Haushaltspolitik des Senats. Insbesondere das Festhalten an bzw. das Wiederaufnehmen der Schuldenbremse ist aus unserer Sicht ein schwerer Fehler und wird zu weiteren massiven Kürzungen und Einschnitten bei dringend notwendigen Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge führen. Diese Politik führt auch zur Begrenzung der Ausgaben im Haushalt der Sozialbehörde.

Gleichzeitig steigen die Ausgaben für gesetzliche Leistungen weiter, die erfüllt werden müssen. Das bedroht die Angebote der sozialen Infrastruktur. Dies betrifft insbesondere Einrichtungen, die Zuwendungen aus der Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) erhalten. In den vergangenen Jahren waren vor diesem Hintergrund Einrichtungen der sozialen Infrastruktur von Kürzungen und in einzelnen Fällen auch von Schließung betroffen. Bekanntestes Beispiel dafür sind die Kürzungen bei den bezirklichen Rahmenezuweisungen in Höhe von rund 3,5 Mio. Euro, mit denen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), der Familienförderung und der Sozialen Angebotsentwicklung finanziert werden. Hierunter fallen z.B. Bauspielplätze, Jugendhäuser, Mädchentreffs, Erziehungsberatungsstellen oder Straßensozialarbeit. Die Refinanzierung

von Tarif- und Preissteigerungen erfolgte nur ungenügend aus Tarifverstärker- und Restmitteln. Die minimalen jährlichen Steigerungsraten decken nicht einmal die jeweilige Inflationsrate.

Hamburg ist eine wachsende, aber auch krass sozial gespaltene Stadt. Im Jahr 2030 werden mehr als zwei Millionen Menschen in Hamburg leben, davon sind knapp über 300.000 junge Menschen bis 18 Jahre. Laut Koalitionsvertrag von SPD und GRÜNEN soll Hamburg die »kinderfreundlichste Stadt in Deutschland werden«. Allerdings ist in Hamburg gemäß Bundesmedian jedes 5. Kind unter 18 Jahren armutsgefährdet, bei den 18- bis 25jährigen Jungerwachsenen sind es sogar 27,85%. Über 77.000 Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT-Paket). Damit stagnieren die Zahlen zur Armutsgefährdung in Hamburg auf hohem Niveau. Wir reden also nicht über eine kleine Gruppe in dieser so reichen Stadt.

Legt man den Landesmedian zugrunde, ist sogar jedes vierte Kind armutsgefährdet. Dieser zweite Wert ist für Hamburg maßgeblicher, weil er die soziale Spaltung *innerhalb* der Stadt deutlich macht, denn hohe durchschnittliche Einkommen und hohe Mietenniveaus sorgen für eine höhere Armutsgefährdung. Dieser Befund wird auch deutlich in der Spaltung der Stadt in arme und reiche Stadtteile. Im Steilshoop ist rund jedes zweite Kind armutsgefährdet, in Nienstedten hingegen leben so gut wie gar keine von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen. Von Armut besonders betroffen bleiben vor allem Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern. Hinter diesen Zahlen steht ein Alltag, der geprägt ist von Sorgen und Perspektivlosigkeit. Ein Alltag, der für viele

Kinder bedeutet, dass die Teilhabemöglichkeiten an Ausflügen und Reisen in den Kitas und Schulen, die Teilnahme am Mittagessen in Kitas und Schulen, Sport- und Kulturveranstaltungen, die Mitgliedschaft in einem Sportverein, der Besuch von Bädern, Bücherhallen, Theatern, Museen und Kinos und der Erwerb von Büchern, Lernmitteln sowie die Nutzung von Öffentlichen Verkehrsmitteln für alle Hamburger Kinder und junge Menschen nicht in jedem Fall gegeben ist. Ein Alltag, der für viele Kinder bedeutet, dass sie oft nicht einmal ein ordentliches Frühstück bekommen. Dies alles wird gerade durch die Folgen der Pandemie weiter verstärkt und verfestigt.

Im Zuge des Wachstums kommt es nicht nur zu einer zunehmenden Verdichtung vieler Bereiche und damit zu einem Wegfall öffentlicher Räume, sondern auch zu einer verstärkten Inanspruchnahme wohnortnaher Angebote für Familien und Kinder. Tatsächlich ist aber die Zahl der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bzw. der Jugendsozialarbeit nicht mitgewachsen – im Gegenteil: Zwischen 2015 und 2018 wurden acht Einrichtungen geschlossen.

Hinzu kommt, dass zur Bekämpfung der allgemeinen Wohnungsnot neue Wohnquartiere entstehen. Bis vor gut 20 Jahren berücksichtigte für die Planung von Neubaugebieten die Globalrichtlinie »Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in den Bezirken«, dass Neubaugebiete, die mindestens 500 Wohneinheiten umfassen, mit Einrichtungen und/oder Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit auszustatten sind. Seit 2015 hat der Hamburger Senat 47 Neubaugebiete mit mehr als 500 Wohneinheiten geschaffen. So sehr diese Entwicklung zu begrüßen ist, so kritikwürdig ist es, dass aber die Einrichtungen der sozialen Infrastruktur nicht regelmäßig mit geplant und gebaut werden.

Da aus unserer Sicht die außerschulischen Angebote besonders für Kinder und Jugendliche aus einkommensärmeren Familien sehr wichtig sind, weil sie Unterstützung und

Begleitung in einer schwierigen Lebensphase bieten, müssen sie dringend bei jeder Quartierentwicklung mitgedacht und geplant werden. Deshalb fordern wir in einem Antrag zum nächsten Doppelhaushalt 2021/22, die Globalrichtlinie Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in den Bezirken« um folgenden Passus zu erweitern: »Bei Neubaugebieten, die mindestens 500 Wohneinheiten umfassen, sind Einrichtungen und/oder Angebote der Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit und/oder Einrichtungen der Familienförderung bei der Planung zu berücksichtigen und bedarfsgerecht auszustatten.«

Außerdem fordern wir in einem weiteren Antrag, alle Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und Familienförderung, die im Rahmen der Rahmenezuweisung an die Bezirke gefördert werden, finanziell so auszustatten, dass mindestens zwei volle Personalstellen pro Einrichtung besetzt werden können. Zudem müssen Tarifierhöhungen und jährliche Inflationssteigerung bei Zuwendungen an die Bezirke regelmäßig berücksichtigt und nach dem Modell der Kita-Finanzierung institutionalisiert werden. Die herausragende Bedeutung der Straßensozialarbeit muss gestärkt und ausgebaut werden. Hier erwarten wir im Rahmen der bezirklichen Jugendhilfeplanung eine ergebnisoffene Evaluation und Nachsteuerung unbefristeter Stellen in allen Bezirken.

Zu guter Letzt fordern wir eine eigene Kennzahl im Haushalt für die 70 Empfehlungen, die die Enquete-Kommission »Kinderrechte und Kinderschutz weiter stärken« in ihrer gemeinsamen zweijährigen Arbeit mit anerkannten Expert:innen der Kinder- und Jugendarbeit erarbeitet hat. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass diese im Entwurf des Haushaltes keinerlei Erwähnung finden. Nimmt man diese Empfehlungen ernst, und DIE LINKE tut dies mit allem Nachdruck, dann sind bei deren Realisierung selbstverständlich auch zusätzliche Ressourcen damit verbunden, die im kommenden Haushalt Berücksichtigung finden müssen.



Jugendliche demonstrieren gegen Armut, Altonale, 21.6.2009  
(Foto: TH. Korr/CC BY-SA 3.0)

# »Paulihaus«: Räumung löst den Konflikt nicht

Heike Sudmann über friedlichen Protest und martialischen Sicherheitsdienst



Räumungskommando Schilleroper (Foto: Heike Sudmann)

Seit Jahren gibt es Streit um den geplanten Büroklotz an der Budapester Straße gleich neben der Rindermarkthalle. Dort stehen auf einem städtischen Grundstück zwei frühere Gebäude des alten Schlachthofs. In dem größeren befindet sich das indische Restaurant »Maharaja«. Die Stadt hat das Grundstück ohne Ausschreibung an ein Baukonsortium vergeben und vor Gericht leider erfolgreich die Räumung des Restaurants durchgesetzt.

## Räumung unter friedlichem Protest ...

Am 30. März 2021 hat die Betreiberin des Restaurants dem Gerichtsvollzieher ihre Schlüssel aushändigen müssen. Wie vorher mehrfach angekündigt verlief diese Übergabe ohne jegliche Probleme. Wie auch der Vorabend bei dem letzten Dachkonzert der Initiative »St.PauliCodeJetzt«, als rund 300 Menschen ihren friedlichen Protest gegen den geplanten Büroklotz und die damit verbundene Stadtteilentwicklung kundtaten. Die Einschätzung einer problemlosen Schlüsselübergabe wurde offenbar auch von der Polizei geteilt, die mit fünf Beamt:innen, einer davon der Bürgernahe Beamte, sichtlich entspannt vor Ort war.

## ...aber mit schwarzvermummtem Sicherheitsdienst à la SEK-Einsatz

Ganz anders hingegen trat ein privater Sicherheitsdienst im Auftrag der Stadt auf: martialisch ausgerüstet, maskiert, in Formation marschierend, im Aussehen mit einem Sondereinsatzkommando der Polizei sehr leicht zu verwechseln. Erst bei genauerem Hinsehen war zu erkennen, dass es sich hier um den Sicherheitsdienst »S.P.U. Solutions gmbH« handelt.

Nicht nur das Auftreten, sondern auch die Facebook-Seite des Unternehmens lassen aufschrecken. Dort steht u.a. der

Hashtag #thinblueline. Thinblueline wird als Symbolik für die antiemanzipatorische Vorstellung verwendet, dass Polizei und andere Sicherheitskräfte als »dünne, blaue Linie« die Bürger:innen vor dem gesellschaftlichen Chaos verteidigen würden. Die Symbolik hat vor allem in der »bluelivesmatter«-Bewegung in den USA Anklang gefunden, die sich als Gegenbewegung zu »blacklivesmatter« versteht und rassistische Polizeigewalt relativiert. Die Symbolik der »thinblueline« wird vornehmlich in rechten Kreisen verwendet. Die Linksfraktion versucht mit einer Anfrage, deren Antwort bei Redaktionsschluss noch nicht vorlag, herauszufinden, weshalb die Stadt an solche Firmen Aufträge vergibt. Dass die Stadt überhaupt einen Sicherheitsdienst beauftragt hat, dient aus meiner Sicht nur einem perfiden Zweck: Wenn ärgerlicherweise für die Stadt der Protest immer friedlich war/ist und keine Kriminalisierung und Diskreditierung möglich ist, sollten wenigstens Bilder erzeugt werden, die den braven Bürger:innen zeigen, wie gefährlich dieser Stadtteil und wie gefährdet die Investoren sind. Doch diese Rechnung ging nicht auf, die öffentliche Reaktion auf diese Bilder war nur Empörung.

## Bloße Machtdemonstration – Baubeginn noch lange nicht möglich

Doch diese schwarz vermummte Machtdemonstration – nach dem Motto: wir zeigen dem Stadtteil, wer hier das Sagen hat – ändert nichts an der Tatsache, dass ein Baubeginn des Büroklotzes noch gar nicht möglich ist. Dafür müssen erst die öffentliche Fläche vor dem Restaurant entwidmet und vor Beginn von Baumfällarbeiten das Ende der Vogelbruttsaison abgewartet werden. Obwohl das noch mehrere Monate dauern wird, haben die Verantwortlichen (Senat, Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen/LIG, Sprinkenhof

GmbH und das Baukonsortium Paulihaus) nicht gezögert, die derzeit trotz der Corona-Pandemie noch vorhandenen Arbeitsplätze im Restaurant mit sofortiger Wirkung zu vernichten.

### Von wegen Zeitverzug

Eine Frechheit und Verdrehung der Tatsachen ist die aktuelle Behauptung der Investoren, dass sie durch die öffentlichen Proteste in Zeitverzug geraten seien. Die Probleme liegen vor allem in dem Grundstück selbst und der Selbstüberschätzung der Investoren. Diese haben sich nämlich ein Grundstück ausgesucht, das für ihre Planungen erst passend gemacht werden muss. Bei der notwendigen Entwidmung öffentlicher Flächen wie auch beim Umgang mit den bisherigen Mieter:innen waren Rechtsstreitigkeiten von vornherein einzuplanen. Das größte Problem ist aber die schwierige Sielverlegung. Obwohl ursprünglich die Investoren Ende 2019 ihre Planungen abgeschlossen haben wollten, gab es bis zum Spätsommer 2020 keine Lösung für die Sielverlegung. Jetzt übernimmt die Stadt bis zu 6 Mio. Euro Kosten für die Sielverlegung. Das »Paulihaus« ist nur lukrativ für die Investoren, die Stadt zahlt drauf. Und der Stadtteil bekommt einen völlig überflüssigen und überdimensionierten Büroklotz. Danke für nichts!

Es ist eher ungewöhnlich, aber das **Hamburger Abendblatt** hat am 9. April einen sehr positiven **Beitrag über Hamburgs Stadtentwicklung aus Sicht der LINKEN bzw. von Heike Sudmann** gebracht – als Podcast und in der Printausgabe. Themen sind u.a. der **Elbtower, das so genannte Paulihaus, die Schiller-Oper und der geplante Wohnungsbau auf dem Kleingartengelände Diekmoor**. Der gut halbstündige Podcast ist hier zu hören: [www.abendblatt.de/podcast/was-wird-aus-hamburg/](http://www.abendblatt.de/podcast/was-wird-aus-hamburg/)

Der Bericht von Matthias Iken fängt so an: »Sie ist die Stimme der Opposition. Wann immer es darum geht, die Schattenseiten der Stadtentwicklung auszuleuchten oder die Gegenargumente zu Großprojekten zu hören, ist Heike Sudmann die erste Adresse. Als Fachsprecherin für Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik bei den Linken ist sie seit Langem Ohr, Arm und Verstärker der Basisbewegungen, verfügt als studierte Diplomverwaltungswirtin und Stadtplanerin aber auch über den fachlichen Überbau. Selbst politische Gegner zollen ihr Respekt, viele Bauherren aber stöhnen über ihren Eifer.«

## 53 Personen pro Wohnungsangebot in Hamburg

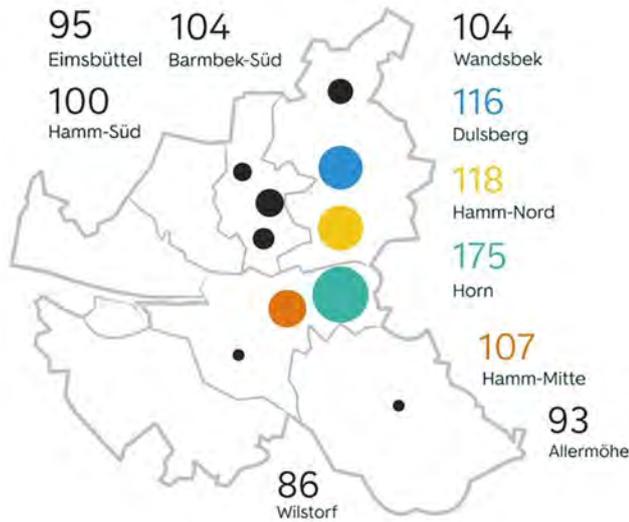
Wohnungsmangel herrscht keineswegs nur in Szenevierteln – belegt Michael Joho



Wohnblock Richardstraße 27-33, Hamburg-Barmbek, 23.7.2011 und Gedenktafel (Foto: Claus-Joachim Dickow, CC BY-SA 3.0)

Wie oft war in den letzten Jahren zu hören – nicht zuletzt von der Stadtentwicklungssenatorin Stapelfeldt – es gebe keinen Wohnungsmangel in Hamburg, es gebe lediglich eine besonders große Nachfrage in bestimmten (Szene-)Stadtteilen. Ach ja, nur da? Nicht alle können schließlich im Schanzenviertel wohnen, war dann in polemischer Kaschierung der dramatischen Lage auf dem Wohnungsmarkt aus der Behörde und vom Grund- und Hauseigentümergeverband zu hören. Und, na klar, Mietenexplosion, das sei nur ein Kampfbegriff, am Hori-

zont sei doch schon zu erkennen, dass die Mieten nicht mehr soooo stark steigen, so war es auch der einen oder anderen Äußerung von Frau Stapelfeldt zu entnehmen. Bei den Preisen für Eigentumswohnungen sowie für Ein- und Zweifamilienhäuser sieht es dagegen unwidersprochen anders aus. Und den Zusammenhang von wachsenden Preisen bei Miet- und Eigentumswohnungen sollten wir nicht aus dem Auge verlieren. Nehmen wir uns zwei aktuelle Studien vor, die einige Lichter auf die Verhältnisse werfen.

**Abbildung 1: Soviele Interessent:innen kommen auf eine Altbau-Wohnung in Hamburg**

Quelle: ImmoScout24

### Starke Wohnungsnachfrage in Hamburg

In einer interessanten Studie, dem Nachfrage-Check des Online-Maklers »Immoscout24« von Mitte Februar, wurde die durchschnittliche Anzahl der »Kontaktanfragen für Bestandswohnungen 2020« mit 53 Personen angegeben (bei Neubauwohnungen 22 Personen). Hamburg lag damit hinsichtlich der Nachfragefrequenz unter den zehn am stärksten belasteten Städten an sechster Stelle, angeführt von Berlin, wo im vergangenen Jahr sage und schreibe 137 Kontaktanfragen auf eine Altbau- und 29 auf eine Neubauwohnung entfielen (<https://www.immobilienscout24.de/unternehmen/news-medien/news/default-title/nachfrage-check-von-immoscout24/>). Doch jetzt folgt das Preisrätsel: In welchen Hamburger Stadtteilen gab es 2020 die größte Nachfrage? In St. Pauli? St. Georg? Altona? Nein, weit gefehlt. Die Abbildung 1 macht's deutlich.

Die Nachfrage nach Altbauwohnungen übersteigt die nach neu gebauten bei Weitem (53 zu 22). Das ist auch kein Wunder angesichts der explodierten Neuvermietungsmieten. Sie lagen im Hamburger Durchschnitt laut Ohmoor-Studie vom Juni 2020 bei saftigen 13,45 Euro pro Quadratmeter (»Die Welt«, vom 22.6.2020; <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article210062621/Studie-von-Schuelern-Die-Mieten-in-Hamburg-steigen-weiter.html>). Die größte Anzahl von Kontaktanfragen pro Neubauwohnung in einem Stadtteil entfiel 2020 auf Objekte in Eimsbüttel – im Durchschnitt wurde dort jede neue Wohneinheit 51mal angefragt, gefolgt von Wilhelmsburg (41), Billstedt (38), Lokstedt (34) und Wandsbek (33). Die wenigsten Anfragen gab's in Nienstedten (8) und in der Altstadt (3). Genau.

Das Trendforschungsinstitut »Innofact« hat im Auftrag von Immoscout24 zudem eine repräsentative Erhebung durchgeführt, um die durch den Wohnungsmangel bedingte Konkurrenzsituation auf dem Wohnungsmarkt zu beleuchten. Und

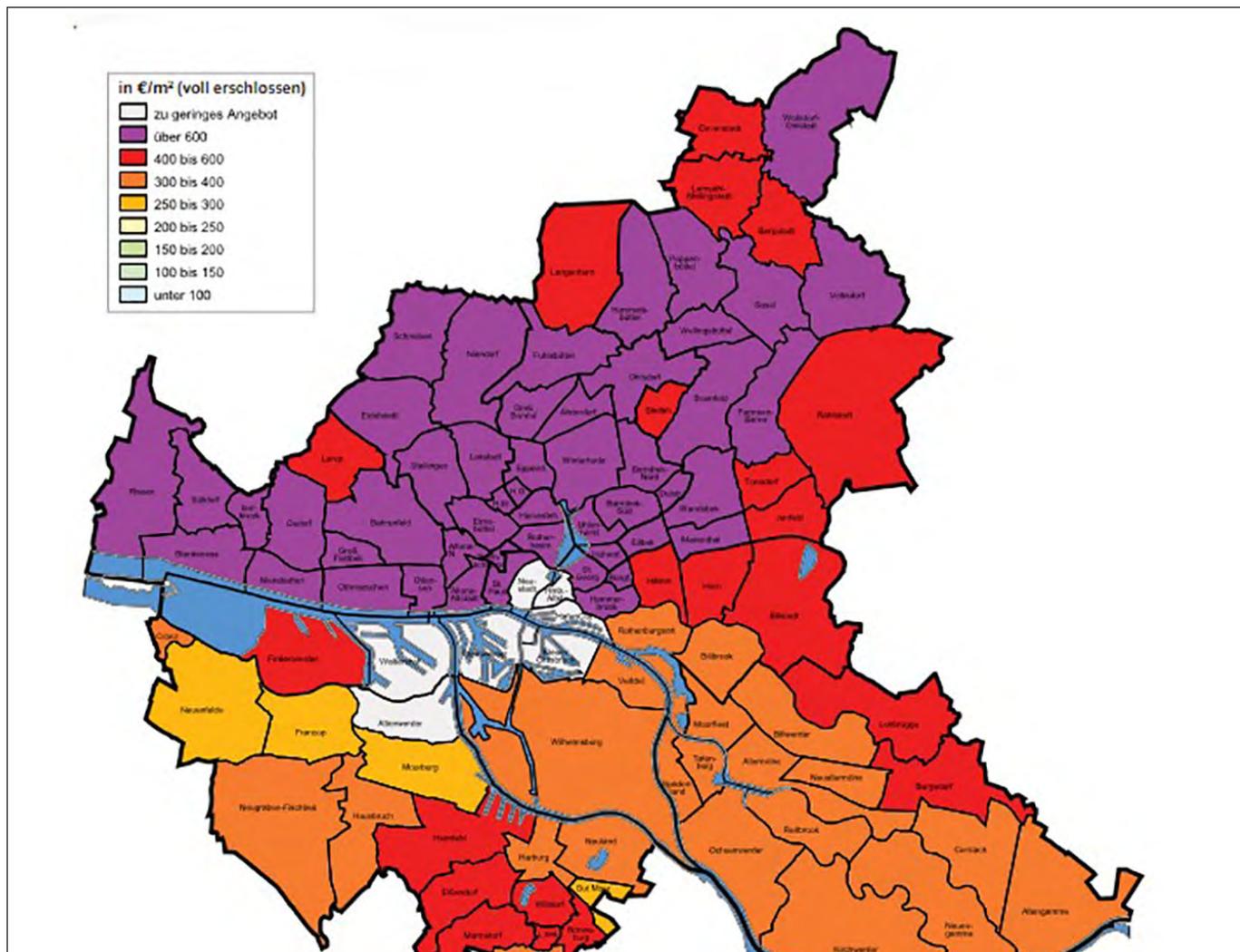
das ist das traurige, in dieser Eindeutigkeit anklagende Ergebnis der Studie: »Zwei von drei Personen, die in den letzten fünf Jahren nach einem Mietobjekt gesucht haben, fanden es schwierig, ein passendes Objekt zu finden. 40 Prozent der Befragten empfanden die Suche insbesondere als beschwerlich, da eine Vielzahl von Bewerber:innen auf eine Immobilie kommt. Gerade jüngere Menschen zwischen 18 und 29 Jahren stimmen dieser Aussage mit 50 Prozent zu.« (<https://www.immobilienscout24.de/unternehmen/news-medien/news/default-title/nachfrage-check-hamburg/>)

### Steigende Immobilienpreise

Auch wenn Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser nicht gerade das »Kerngeschäft« der LINKEN ausmachen, so sind die Entwicklungen im Verhältnis zum viel größeren Anteil der Mietwohnungen nicht zu übersehen. In Zeiten des Wohnungsmangels und der Mietenexplosion steigen bei den frei finanzierten Mietwohnungen auch die Preise. Und nicht wenige Haushalte, zumindest diejenigen, die es sich »erlauben« können, suchen den Ausweg in einem Einfamilienhaus oder auch in einer Eigentumswohnung. Das sei ja auch der beste Schutz in der Rentenzeit, wie gerade wieder in den letzten Tagen im Zuge der unsäglichen Einfamilienhaus-Debatte von der CDU und der AfD zu hören ist. Ist das Angebot immer noch zu knapp, steigen die Preise für Mietwohnungen wie für Eigenheime. Zudem gibt es Zusammenhänge bezüglich der Bodenpreise. Mieter:innen von gentrifizierungsgeplagten Quartieren können ein Lied davon singen, was es für die Bodenrichtwerte und damit für die Mietenspiegelsätze bedeutet, wenn in der eigenen Umgebung 50 neue Eigentumswohnungen entstehen ... (Vgl. zu den »Bodenrichtwerten« Abbildung 2 auf der folgenden Seite.) Der im März 2021 vorgelegte »LBS-Immobilienmarktatlant 2020 Hamburg und Umland« ([www.lbs.de/unternehmen/schleswig\\_holstein\\_hamburg\\_6/regionales\\_thema\\_68/regionales\\_thema\\_63.jsp](http://www.lbs.de/unternehmen/schleswig_holstein_hamburg_6/regionales_thema_68/regionales_thema_63.jsp)) vermittelt interessante Einblicke in die Welt der Eigenheimer:innen. Die Studie basiert auf einer Analyse von »Forschung + Beratung« (F+B). Das Hamburger Institut hat die Immobilienanzeigen vom Januar 2021 mit denen des Vorjahresmonats verglichen und kam zu folgenden Hauptergebnissen:

- Die durchschnittlichen Quadratmeterpreise bei gebrauchten Eigentumswohnungen haben hier und da inzwischen die 10.000-Euro-Grenze durchbrochen: In der HafenCity mit ihren noch recht jungen Bauten liegen sie durchschnittlich bei 11.057 Euro (+ 21,0% gegenüber 2020), in Harvestehude bei 10.238 Euro (+ 3,2%).
- Die Durchschnittspreise für gebrauchte Eigentumswohnungen liegen in Hamburg bei 5.723 Euro pro Quadratmeter (+ 13,3%).
- Auch in Randlagen sind gebrauchte Eigentumswohnungen spürbar teurer geworden: Marmstorf (+ 34% auf 3.803 Euro je Quadratmeter; in fünf Jahren um 90% gestiegen), Heimfeld (+ 33% auf 3.749 Euro), Neugraben-Fischbek (+ 27% auf 3.571 Euro).
- Einfamilienhäuser im Bestand kosten durchschnittlich 4.859 Euro pro Quadratmeter (+ 7,2%).

Abbildung 2: Bodenrichtwerte für Ein- und Zweifamilienhäuser (mittlere Grundstücksgröße 600 qm)



Quelle: LBS Bausparkasse

- Neu gebaute Einfamilienhäuser kosten im Durchschnitt nun 5.123 Euro je Quadratmeter (+ 13,8%).
- Bestandshäuser im Umland sind immer noch 39% billiger als in Hamburg, Bestandswohnungen sogar bis zu 51%.
- Hamburg hat bei den durchschnittlichen Immobilienpreisen München auf Platz 2 abgelöst, vorneweg ist Berlin.

Diese Daten können keineswegs froh stimmen. Wohnen wird auf allen Ebenen teurer, im Eigentum noch schneller als im Mietsegment. Der Blick auf die Karte macht das erhebliche Gefälle deutlich: Das nördliche Hamburg ist bei Eigenheimen erheblich teurer als die südlichen Stadtteile.

**Auf zu selbst organisierten Jane's-Walks!**

Um den 4. Mai herum finden weltweit wieder Jane's Walks statt. Benannt sind sie nach Jane Butzner, geb. Jacobs (4. Mai 1916 bis 25.4.2006), einer berühmten US-amerikanischen Stadt- und Architekturkritikerin, die als eine der ersten ihrer Zunft den Abriss- und Flächensanierungswahn der 1960er Jahre aufs Korn genommen hat. Ihr war es zu verdanken, dass Anfang der 1960er Jahre – noch vor Alexander Mitscherlichs Klassiker »Die Unwirtlichkeit unserer Städte« 1966, noch vor der Zeit der Kämpfe um das Frankfurter Westend – das New Yorker Viertel Greenwich Village durch eine starke Bürger:innenbewegung erhalten werden konnte, auch wenn es später durch massive Mietensteigerungen doch zu einer Verdrängung kam. In Erinnerung an diese große, sozial denkende Stadtexpertin finden rund um ihren Geburtstag die besagten Jane's Walks statt, selbst organisierte Spaziergänge, um den gemeinsamen Austausch über die Stadt(teil)entwicklung zu befördern. Mehr unter <https://janeswalk.org>. Lohnend ist auch der Wikipedia-Eintrag: [https://de.wikipedia.org/wiki/Jane\\_Jacobs](https://de.wikipedia.org/wiki/Jane_Jacobs).

# Mietendeckel: Berlin hat, Hamburg braucht ihn

Von Michael Joho



Berlin: Triptychon Wandgemälde Uhlandstraße 187  
(Foto: Senatskanzlei)

Zu diesem Thema fand am 30. März eine Veranstaltung der Linksfraktion mit Gaby Gottwald statt. Sie dürfte älteren Hamburger:innen noch aus grün-alternativen Zeiten bekannt sein, viele Jahre ist sie allerdings schon in Berlin ansässig und dort seit 2016 Abgeordnete der LINKEN im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen. In der dortigen Linksfraktion ist sie zuständig für den Mietendeckel, den sie im Koalitionsausschuss mit den Vertreter:innen der SPD und der GRÜNEN maßgeblich verhandelt hat. Im Gespräch mit Heike Sudmann stellte sie in ihrer sympathischen und direkten Art vor, wie es in Berlin überhaupt zum Mietendeckel gekommen war, bis dieser am 18. Juni 2019 vom Senat beschlossen wurde.<sup>1</sup>

Seit dem 23. Februar 2020 ist er nun in Kraft, das heißt, dass alle Mieten eingefroren sind. Bei einer Wiedervermietung gilt die neue Mietentabelle, die beispielsweise für Altbauten vor 1918 als Obergrenze 6,45 Euro/Quadratmeter vorsieht. Die Modernisierungumlage – die in Hamburg für teilweise gigantische Mietsprünge sorgt – ist gekappt und auf 1 Euro je Quadratmeter beschränkt. Im November 2020 setzte die zweite Stufe des Mietendeckels ein, die eine (allerdings individuell durchzusetzende) Mietsenkungspflicht auf einen Wert von maximal 20% der Obergrenze laut Tabelle enthält. Bis zu 340.000 Haushalte, so die Schätzung des Berliner Senats, könnten einen Vorteil von dieser Mietsenkungspflicht haben. Mehr dazu unter <https://mietendeckel.berlin.de>. Gaby Gottwald: »Es hat großen Spaß gemacht, dass so etwas überhaupt möglich ist und dass der Senat so etwas macht.« Wie anders klingt dagegen beispielsweise die wohnungspolitische Sprecherin der SPD, Martina Koeppen, die keine Bürgerschaftssitzung verstreichen lässt, um auf die böse, böse Berliner Mieten- und Wohnungspolitik zu verweisen.

Mit Blick auf die bundesweite Ausstrahlung dieses von vielen Seiten attackierten Großprojekts Mietendeckel wünschte

Gaby Gottwald sich mehr Aktivitäten auch in anderen Bundesländern, schaut derzeit doch alles auf das Bundesverfassungsgericht, das voraussichtlich im Sommer über die Normenkontrollklage von CDU und FDP eine Entscheidung fällen wird. Die Ablehnung mehrerer Eilanträge durch das Bundesverfassungsgericht sieht sie als gutes Zeichen. So fand das Gericht im Oktober 2020 es nicht ersichtlich, dass die Vermieterinnen und Vermieter durch die Mietabsenkung dauerhafte, erhebliche Verluste oder eine Substanzgefährdung des Mietobjekts zu befürchten hätten. Daraus könne man schlussfolgern, dass dies auch für die anderen Aspekte des Mietendeckels gilt, wie den Mietstopp und vor allem auch für den Verzicht auf unzulässige Miethöhen bei neuen Vertragsabschlüssen.

So oder so, der Berliner Mietendeckel wird seine positiven Auswirkungen auch längerfristig haben. Nur schade, dass Hamburgs Senatskoalition alles lieber mag, als nun gerade den Vermieter:innen die Miete zu deckeln. Es gibt ja die Mietpreisbremse und das Bündnis für Wohnen ... Einspielung Lorient: Wo? Ja, wo laufen sie denn?

Gaby Gottwald, wenn auch für die Teilnehmenden nur auf dem Bildschirm präsent, konnte am Veranstaltungsabend noch eine erfreuliche Mitteilung zumindest für unsere Brüder und Schwestern in der Hauptstadt machen: Just an diesem Tag hatte der Berliner Senat beschlossen, dass die sechs städtischen Wohnungsgesellschaften mit ihren rund 323.000 Wohneinheiten vorerst bis zum 30. September 2021 keine Mieterhöhungen vornehmen dürfen, auch nicht für Gewerbetrieber:innen (<https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2021/pressemitteilung.1071074.php>). Genau wie Berlins öffentliche Wohnungsunternehmen hatte auch Hamburgs SAGA im März letzten Jahres verkündet, dass co-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung gibt es hier: [www.youtube.com/watch?v=gfh3hfmWB-DA](https://www.youtube.com/watch?v=gfh3hfmWB-DA)



Videoseminar mit Heike Sudmann und Gaby Gottwald, 30.3.2021 (Screenshot)

ronabedingt Mieterhöhungen ausgesetzt werden. Der doch recht klare Unterschied: In Berlin sind die betreffenden Mieten seitdem eingefroren, wie o.a. erst einmal bis Ende September 2021. Die knauserige SAGA, die regelmäßig Jahresüberschüsse von über 200 Millionen Euro »erwirtschaftet«, hat dagegen das Aussetzen von Mieterhöhungen recht knapp gehalten. Bereits im Juli 2020 ging es damit wieder los. Bis März 2021 wurden von der SAGA Mieterhöhungsverlangen an 23.120 Haushalte verschickt, bis September 2021 werden weitere Mieterhöhungsschreiben an 17.010 Haushalte rausgehen – so die ernüchternden Senatsangaben auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (Drs. 22/3179 vom 16.2.2021).

Eine erfreuliche Mitteilung – auch nur wieder für die Berliner:innen – gab es am 26. März zu lesen: »Der Berliner Mietendeckel hat Spuren hinterlassen«, liest mensch dort. Um 6,1% seien die Mieteinnahmen des mit rund 110.000 Wohnungen größten Vermieters – der privaten Riesenfirma Deutsche Wohnen – von 2019 auf 2020 zurückgegangen. Die Durchschnittsmieten sind nach dieser Bilanz von 6,95 auf 6,52 Euro je Quadratmeter gefallen. In Dresden und Leipzig, wo die Deutsche Wohnen ebenfalls über beträchtliche Wohnungsbestände verfügt, aber leider nicht durch einen Mietendeckel beschränkt ist, hob dieser Konzern die Mieten um 3% an ([www.neues-deutschland.de/artikel/1150017.mieten-in-berlin-deutsche-wohnen-spuert-mietendeckel.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/1150017.mieten-in-berlin-deutsche-wohnen-spuert-mietendeckel.html)).

Wer sich ein Bild über den Mietendeckel im Allgemeinen und die Mietenpolitik der LINKEN im Besonderen ein Bild machen möchte, ist herzlich eingeladen, am **6. Mietenpolitischen Ratschlag der Bundestagsfraktion DIE LINKE** teilzunehmen. Er findet am **Samstag, den 17. April** statt, von 11.00 bis 16.00 Uhr können Interessierte sich in die Zoomkonferenz einklinken. Unter anderem werden sprechen: Caren Lay (die Sprecherin für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik der Bundestagsfraktion), Katrin Lompscher (die ehemalige Berliner Wohnungssenatorin) sowie VertreterInnen etlicher Verbände und Initiativen. Das Programm gibt es unter [www.linksfraktion.de/nc/termine/detail/mietendeckel-bundesweit/](http://www.linksfraktion.de/nc/termine/detail/mietendeckel-bundesweit/). Hier gibt es auch die Anmeldemöglichkeit und den Verweis auf den Youtube-Mitschnitt.



## Schiller-Oper: Abrissbagger rückte an

Heike Sudmann über die Gefahr von Kollateralschäden



Schilleroperrest, 4.4.2021 (Heike Sudmann)

Schrecken in der Nachbarschaft und bei der Initiative zur Rettung der denkmalgeschützten Schiller-Oper: Am 30. März rückte ein Bagger an und begann, Anbauten rund um die Stahlkonstruktion des ehemaligen Zirkusbaus abzureißen. Dieser plötzliche Abbruch wurde mit der Gefahr begründet, dass eine Außenwand dieser Anbauten umzukippen drohe.

Wer den Abrissbagger mit seinen riesigen Schaufeln gesehen hat, bekam sofort Angst, dass bei den Arbeiten auch die Stahlkonstruktion in Mitleidenschaft gezogen wird. Es ist jetzt gut zu sehen, dass die Anbauten teilweise direkt mit der Stahlkonstruktion verbunden sind. Da reicht ein Fehler bei den Arbeiten und das Denkmal wird beschädigt. Dass solche »Versehen« schon oft Denkmäler zerstört haben, ist leider

eine traurige Wahrheit. Deshalb müssen das zuständige Bezirksamt und das Denkmalschutzamt die Arbeiten rund um die Uhr beaufsichtigen und ggfs. einschreiten. Und auch dies: Bevor Abrissarbeiten bei den anderen Anbauten, die keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellen, beginnen, muss die Stahlkonstruktion gesichert und baulich verstärkt werden.

Fakt ist und bleibt: Der schlechte, sicherheitsgefährdende Zustand der Schiller-Oper und ihrer Anbauten ist der jahrelangen Vernachlässigung durch ihre Eigentümer:innen zuzuschreiben. Auch die aktuelle Eigentümerin will möglichst viel Fläche auf dem Grundstück bebauen, da steht die denkmalgeschützte Stahlkonstruktion nur im Weg.

## »Sports-Dome« & »Mobility Hub« auf der Veddel?

Keine Entscheidung ohne Bürger:innenbeteiligung – fordern Heike Sudmann und Michael Joho



Vision: Hochbahn AG

Auf der Ebene von Politik, Wirtschaft und Medien wird zurzeit über zwei bereits mehr oder weniger ausgearbeitete Projekte an der S-Bahn-Station Veddel gestritten: eine privat geplante Veranstaltungs- und Sporthalle (vor allem für die Basketballer vom Bundesliga-Club Hamburg Towers) für bis zu 9.000 Besucher:innen (»Sports-Dome«) sowie ein neuer, dreistöckiger Busbetriebshof der Hamburger Hochbahn samt weiterer Verkehrsangebote (»Mobility Hub«). So viel zu den Planungen von oben. Und die Situation unten, vor Ort?

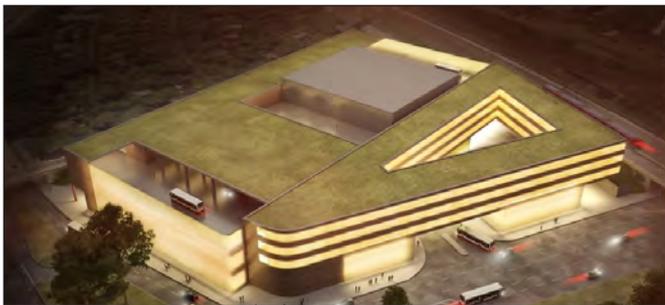
Zentral gelegen, doch in der urbanen, sozialen Wirklichkeit nach wie vor stark an den Rand gedrängt: Das ist die Realität auf der Veddel, einem Stadtteil, der zu den ärmsten in Hamburg gehört. Wenn – wie Ende 2020 geschehen – ein Supermarkt abbrennt, bricht dort gleich ein erheblicher Teil der Grundversorgung weg. Ende 2019 kamen hier nur noch zwei Hausärzt:innen auf die etwa 4.500 Einwohner:innen, 50% weniger als in einer früheren Erhebung. Vor diesem Hintergrund bedarf es auf der Veddel vorrangig sozialer, unterstüt-

zender Maßnahmen, während neue Großprojekte mit überregionaler Ausstrahlung abzulehnen sind, wenn sie für den Stadtteil keine positiven Auswirkungen haben. Mit Blick auf dieses Kriterium sind auch alle Planungen für die südliche Umgebung des S-Bahnhofs Veddel zu bewerten.

Ein »Elb-Dome«, also die ursprünglich vom Unternehmer Tomislav Karajica ins Gespräch gebrachte Veranstaltungshalle für bis zu 9.000 Personen, wird ganz sicher keine Vorteile für die Menschen auf der Veddel bringen, eher mit neuen Belastungen einher gehen. Wie weit sich ein »Mobility Hub«, das heißt ein neuer Verkehrsknotenpunkt mit Busbetriebsbahnhof und anderen Einrichtungen der Hamburger Hochbahn oder gar ein Hotel, positiv für den Stadtteil auswirken kann, ist genau darzustellen und zu prüfen. Auch wenn der Mobility Hub mit Blick auf den öffentlichen Nahverkehr und mögliche Nutzungsangebote (Leihräder, Carsharing) eine Reihe positiver Aspekte aufweist – ohne aktive Bürger:innenbeteiligung geht hier unseres Erachtens gar nichts. Erst recht nicht, wenn die CDU vorschlägt, gleich beides im Vorfeld des S-Bahn-Haltestelle zu bauen, »gestapelt«, wie es verniedlichend heißt (Drs. 22/3533 vom 10.3.2021).

### **Der Mobility Hub der Hamburger Hochbahn AG – gut für die Veddel?**

In der jetzigen Situation kommt es darauf an, das betreffende Areal am S-Bahnhof Veddel nicht mal eben am grünen Tisch und von oben zu überplanen, sondern die Betroffenen, also die Menschen und Initiativen der Veddel, primär zu Wort kommen zu lassen. Sie müssen auf Augenhöhe einbezogen werden, wenn es um Planungen geht, die ihren Stadtteil grundlegend umkrepeln könnten. Genau dieses Grundanliegen hat die Linksfraktion auch in dem nebenstehenden Antrag an die Hamburgische Bürgerschaft zusammengefasst. Doch mit diesem Ansinnen sind wir seitens der Linksfraktion in der Bürgerschaftssitzung am 24. März auf Granit gestoßen, der Antrag wurde unisono abgelehnt. Unbeirrt und beinhart haben alle anderen Fraktionen den Stadtteil zwar in ihren



Vision: Hochbahn AG

### **Aus dem Antrag der Linksfraktion (Drs. 22/3683 vom 23.3.2021):**

Die Bürgerschaft möge (...) beschließen:

1. Hinsichtlich der Veranstaltungshalle für sportliche und kulturelle Zwecke in der Dimension von bis zu 9.000 Teilnehmer:innen wird der Senat aufgefordert, nach räumlichen Alternativen in der Stadt Umschau zu halten, immer vorausgesetzt, dass die geäußerten Bedarfe einer umfangreichen Analyse standhalten und ihre Relevanz und Machbarkeit nachgewiesen werden.
2. Die Hamburgische Bürgerschaft erkennt den besonderen Unterstützungsbedarf des Stadtteils Veddel und seiner Einrichtungen an.
3. Die Menschen auf der Veddel, ihre Initiativen und Einrichtungen sind hinsichtlich der in Rede stehenden Fläche umgehend über bestehende Planungen zu informieren und bei der Diskussion und Entscheidung über die zukünftige Nutzung umfassend und ergebnisoffen zu beteiligen.
4. Das ausschlaggebende Kriterium für die weitere Nutzung der betreffenden Fläche müssen die Interessen des Stadtteils Veddel sein. Eine weitergehende Belastung der Bewohner:innen der Veddel wird dagegen abgelehnt.
5. Hinsichtlich eines neuen Hochbahn-Verkehrsknotenpunkts »Mobility Hub« wird der Senat aufgefordert, die detaillierte Planung dem Stadtteil und seinen Gremien – mit den Vor- und Nachteilen – vorzustellen und zur Diskussion und Entscheidung zu stellen

Der Senat wird gebeten, bis zum 31.7.2021 der Bürgerschaft den Sachstand vorzustellen.

Wortbeiträgen genannt, aber sich nicht die Bohne für die Interessen der Bürger:innen interessiert. Vielmehr rühmte Rot-Grün sich dafür, dass schon in knapp drei Monaten Ergebnisse für den Vorplatz der S-Bahn vorliegen würden. Betreten schauten die Abgeordneten auf ihre Tische, als ich aus dem Beschluss des Stadtteilbeirates vom Vortage zitierte: Demnach wurde die Planung bis dahin weder im Stadtteil vorgestellt noch diskutiert. Diese hochherrschaftliche arrogante Planung ist meilenweit von einer Beteiligung entfernt.

Wer an den Beiträgen der Abgeordneten zum Thema Sports-Dome und Mobility Hub interessiert ist, kann sich die zehnmündige Bürgerschaftsdebatte am 24. März genau hier anschauen: <https://mediathek.buergerschaft-hh.de/sitzung/22/21/#top-3567>.

### **Das Forderungspaket aus dem Stadtteilbeirat Veddel-Kleiner Grasbrook vom 23. März 2021:**

- Der Stadtteilbeirat sowie die Bewohner:innen der Veddel und Wilhelmsburgs sollen über den Stand der Prüfung, der Planungen sowie der behördlichen Zuständigkeiten für die Entwicklung der Fläche ausführlich informiert werden.
  - Der Stadtteilbeirat sowie die Bewohner:innen der Veddel sowie Wilhelmsburgs sollen von der Politik sowie zuständigen Behörden und Ämtern einbezogen werden, bevor eine endgültige und weitreichende Entscheidung getroffen wird.
- Der Stadtteilbeirat fordert grundsätzlich rechtzeitige und ergebnisoffene Debatten mit dem Stadtteil über die Nutzung und Umgangsweise der betreffenden Fläche.

# Sinti in Hamburg

Maria Merz über eine Geschichte der Stigmatisierung



Denkmal Hannoverscher Bahnhof am Lohsepark. Im Foto Bahnsteig 2, rechts die Namenstafeln der deportierten Juden, Sinti und Roma, 23.8.2017 (Foto: Pauli-Pirat, CC BY-SA 4.0)

Am 16. Mai 1940 gingen die Sinti-Kinder in Hamburg in der frohen Erwartung zur Schule, ihrem tristen Alltag für einen Tag zu entkommen. Der Platz, auf dem viele von ihnen lebten, war schon lange von Polizisten umstellt und die Menschen durften ihn nur mit einem von ihnen anerkannten Grund verlassen. Seit 1935 waren sie von den anderen Kindern in Sonder-Klassen getrennt, an Schulausflügen und -festen durften sie nicht teilnehmen. Und nun hatte es geheißen, heute bleiben alle anderen zuhause, diesmal machen die Sinti-Kinder einen Ausflug.

Kaum waren sie in der Schule angekommen, ging es auch schon los: Die Kriminalpolizei holte sie ab und brachte sie in den Fruchtschuppen C im Magdeburger Hafen, unweit des Hannoverschen Bahnhofs. Sie wurden dort eingesperrt und die Polizei machte sich auf zu den Eltern, die aufgefordert wurden, das Nötigste für die »Umsiedlung« zu packen und mitzukommen, ihre Kinder würden schon auf sie warten. So war es gelungen, die Eltern ohne jeden Widerstand auch zum Fruchtschuppen C zu bringen.

Vier Tage blieben die Familien dort eingesperrt, dann ging es zum Hannoverschen Bahnhof, wo ein langer Zug mit Viehwaggons wartete. Auch aus Bremen, Kiel und anderen Orten in Schleswig-Holstein und Niedersachsen wurden Sinti gebracht und gemeinsam mit den Hamburger:innen in die Waggons getrieben, geschubst, gestoßen. Mit mehr als 1.000 Menschen verließ der erste Deportationszug den Bahnhof am 20. Mai 1940 in Richtung Belzec. Nach dem »Himmler-Erlass« im De-

zember 1942 wurden im März 1943 weitere 357 Roma und Sinti und im April 1943 noch einmal 26 Kinder und Jugendliche aus Hamburg direkt nach Auschwitz verschleppt.

Die wenigsten der Deportierten kamen zurück, wer 1940 älter war als 25 Jahre, hatte kaum eine Chance. Viele der Überlebenden waren als Kinder oder Jugendliche deportiert worden, hatten den Tod von Eltern und Großeltern, Geschwistern, Cousinen und Cousins, Onkel und Tanten erlebt. Bis zu ihrem Tod litten sie unter Alpträumen und die Erinnerung an die Ermordeten war allgegenwärtig. Dennoch: Wer aus Hamburg deportiert worden war und überlebt hatte, kam in der Regel wieder hierher zurück.

Hamburg und die Region um Hamburg herum waren seit Jahrhunderten die Heimat ihrer Familien, wohin sollten sie sonst gehen? Allerdings waren sie nach der Zerschlagung des NS-Regimes in Deutschland genau so wenig willkommen wie vorher.

Viele Sinti haben für sich entschieden, der fortdauernden Diskriminierung zu entgehen, indem sie ihre Herkunft verbergen, sich in der Mehrheitsgesellschaft als Sinti unsichtbar machen. Einige haben sogar alle Kontakte abgebrochen, mit ihren Kindern nur noch Deutsch gesprochen, leben Tür an Tür mit anderen Hamburger:innen, sprechen nicht über die Verfolgungsgeschichte ihrer Familien. Andere haben die Angst vor der Mehrheitsgesellschaft nicht überwunden, finden Sicherheit nur in der Geborgenheit der Familie. Zu ihnen gehören viele Angehörige der Familie Weiß.

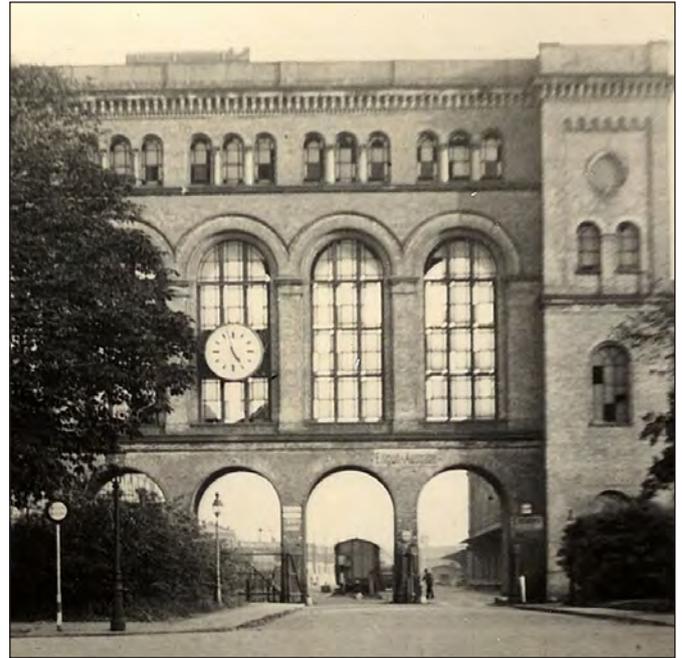
1949 siedelte die Familie Weiß auf einem Platz an der »Alten Fähre« auf der Elbinsel Wilhelmsburg. Nachdem sie die »Alte Fähre« nach der Hamburger Flut wegen Deichbauarbeiten aufgeben mussten, wurde ihr ein Platz an der Kornweide zugewiesen – in einem engen Dreieck zwischen zwei Bahnlinien und der Autobahn. Auch dort durfte die Familie nicht bleiben, weil der Anblick des »Lagers« die Zugreisenden bei der Einfahrt nach Hamburg störte. Also ging es weiter in eine der so genannten »Plattenhaus-Siedlungen«, die nach der Bombardierung Hamburgs von Häftlingen des Konzentrationslagers Neuengamme und seiner Außenlager unter mörderischen Bedingungen hergestellt worden waren. In den Behelfsbauten am Georgswerder Bogen lebten zunächst Arbeiter der Norddeutschen Affinerie, die inzwischen in Neubau-Wohnungen umgezogen waren. Als die Familie Weiß die Plattenhäuser bezog, befanden sie sich schon in einem sehr schlechten Zustand.

Ab 1973 gab es Ideen, für die Familie eine neue Siedlung zu bauen. Gegen die Nutzung eines Grundstücks am Nieder-georgswerder Deich gab es Widerstand aus der Georgswerder Bevölkerung. Erst als im Winter 1978/1979 die Lebensumstände für die Familienmitglieder, vor allem die Kinder, akut gesundheitsgefährdend wurden und es bereits fertige Pläne für die zukünftige Nutzung des Geländes als Autohof gab, wurden die Planungen für die Siedlung am Georgswerder Ring konkretisiert.

Damit lag Hamburg durchaus im Trend der Zeit. Hatte noch 1954 die Wohlfahrtsabteilung des Deutschen Städtetags entschieden, die soziale Lage der Sinti und Roma sei kein sozialpolitisches, sondern ein ordnungspolitisches Problem und das Thema an die Sicherheitsabteilung überwiesen, so war in den 1960er Jahren in der katholischen Kirche das Interesse an der »Z«-Seelsorge erwacht und diese wurde mit einer ausgesprochen paternalistisch inspirierten Sozialarbeit verbunden. Diese fand zum Ende des Jahrzehnts auch politische Unterstützung. Widerstand dagegen entstand mit der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma, die sich nicht nur gegen »ordnungspolitische« Maßnahmen, sondern auch gegen diese Art von Bevormundung und Entmündigung richtete.

Zwischen 1978 und 1982 vergab das Bundesfamilienministerium schließlich mehrere Forschungsaufträge zur sozialen Lage der Minderheit. Ein Ergebnis war die Notwendigkeit familiengerechten Wohnungsbaus in den Kommunen unter Einbeziehung der Minderheit und ihrer Traditionen. So wurden in den 1970er und 1980er Jahren in einer Reihe von Städten Wohnungen für Sinti und Roma gebaut, in der Regel in Quartieren am Stadtrand und in wenig attraktiver Umgebung. Und so entstand auch die Siedlung in Georgswerder am Fuß des Müllbergs, der 1983 in die Schlagzeilen geriet, als dort neben anderen giftigen Substanzen das hochgefährliche Seveso-Dioxin nachgewiesen wurde.

Anders als andere Städte verzichtete Hamburg allerdings auf weitere (sozial-)politische Konzepte, die der Minderheit den Weg aus der Isolation und Stigmatisierung hätten öffnen können. Im Gegenteil: Die Miete von monatlich 30 DM, die für die Plattenhäuser fällig war, hatten die Sinti mit ihren traditionellen Gewerben ganzjährig erwirtschaften können; die



Fassade des ehemaligen Hannoverschen Bahnhofes in Hamburg  
(Foto: Deutsches Zollmuseum)

hohen Miete, die für die Häuser im Georgswerder Ring fällig wurden, machten die Familien abhängig von Sozialhilfe. Dafür gab es in Wilhelmsburg einen findigen Ortsbürgermeister, der die großartige Idee hatte, die Siedlung, die menschenwürdige Wohnverhältnisse mit maximaler Kontrollmöglichkeit verbinden sollte<sup>1</sup> und ihre Bewohner:innen zu Sozialhilfe-Empfänger:innen machte, als »Wiedergutmachung« zu etikettieren

Dass das nun 40 Jahre später den Mieter:innen als »Präambel« in die ersten »eigenen« Mietverträge geschrieben wird,<sup>2</sup> macht es nicht besser. Ihr künftiger Vermieter wird die städtische Betreiberin von Unterkünften für Obdachlose und Geflüchtete, »Fördern & Wohnen«, sein. Die Stelle für den künftigen Quartiersmanager, der in Zukunft »ein aufwachsendes Team« leiten soll, war schon ausgeschrieben. Und der Mann, der die vorher fällige »Sanierung erst mal aufs Gleis«<sup>3</sup> setzen soll, sagt in der »taz« in bester »Z«-Experten-Tradition, Sinti seien »ein ganz besonderer Schlag von Menschen, von der Mentalität her vielleicht vergleichbar mit arabischen Beduinen«.<sup>4</sup>

Die aktuelle Forschung zur Lage der Minderheit, die der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma regelmäßig veranlasst und veröffentlicht, und die sehr aussagekräftige Studie von Peter Widmann,<sup>5</sup> die sich besonders mit den Bauprojekten in Freiburg und Straubing und ihren Folgen befasst, werden von der Hamburger (Sozial-)Politik offenbar nicht zur Kenntnis genommen. Das sollte nicht so bleiben!

<sup>1</sup> Der Ring hat nur eine Ein- und Ausfahrt und, anders als in der Presse suggeriert wird, war »der Staat« in Form der Polizei dort regelmäßig unterwegs.

<sup>2</sup> Bisher waren sie nur Untermieter:innen des Bezirksamts Hamburg-Mitte.

<sup>3</sup> Taz vom 27./28.3.2021.

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Peter Widmann: An den Rändern der Städte. Sinti und Jenische in der deutschen Kommunalpolitik. Berlin 2001.

# Hamburg ohne Außenwerbung – eine Utopie?

Ein Diskussionsbeitrag von Martin Weise für die Volksinitiative Hamburg Werbefrei



Grafik: Hamburg Werbefrei

Warum finden wir es eigentlich normal, dass in Hamburg überall Werbung ist? Wäre unsere Stadt nicht schöner ohne Außenwerbung? An öffentlichen Plätzen, Bahnhöfen und Bushaltestellen, in Fußgängerzonen und an Straßenkeuzungen – überall springen einem die jeweils aktuellen Werbekampagnen mit schrillen Motiven und Slogans ins Auge. Könnte der öffentliche Raum nicht mehr sein als eine Projektionsfläche für kapitalstarke Unternehmen?

Besonders aufdringlich war in den letzten Monaten beispielsweise der Werbefeldzug für eine neue Marke des Philip Morris Konzerns. Die Stadt ist voller Werbung hierfür, Hamburg könnte auch in Iqos umbenannt werden. Mittels zigtausendfacher Wiederholung wird versucht, das Nikotinprodukt zu etablieren. Auch mit Werbung für Dating-Webseiten, Fast Food oder Fast Fashion ist es nicht viel besser. Konzerne bringen die immensen Kosten für ihre Kampagnen nur auf, weil es sich für sie lohnt. Obwohl viele Menschen der Meinung sind, nicht anfällig für Werbung zu sein, wirkt diese doch, nämlich zumeist unterbewusst. Stolz wirbt der Fachverband Außenwerbung mit dem Slogan »AUSSENWERBUNG TRIFFT JE DEN.« Menschen werden auf die Rolle von Konsument:innen reduziert, die mit ihrem Leben unzufrieden seien und deswegen hübsch konsumieren sollen.

Die Bandbreite der Werbeträger ist beachtlich. Sie reicht von relativ kleinen Plakatrahmen (Busse, Bahnen, Stromkästen) über die allgegenwärtigen City Light Poster mit nerviger Plakatwechselfunktion (Bushaltestellen, Bahnsteige etc.) und Drehsäulen (Kreuzungen, Fußgängerzonen) bis hin zu Großflächen und Megalights (Hausfassaden, Verkehrsknotenpunkte). Letztere haben eine beleuchtete Fläche, die doppelt so groß ist wie eine Tischtennisplatte und jeweils mit einem durchschnittlichen Energieverbrauch von 46.428 kWh pro Jahr so viel Strom verbraucht wie 14 Durchschnittshaushalte.

In Hamburg gibt es bereits über 200 digitale Werbeanlagen im öffentlichen Raum, Tendenz stark steigend. Der Wille der

Werbefirmen zur Digitalisierung der Außenwerbung ist eindeutig und auf den Firmenhomepages nachzulesen. Eine Verzehnfachung der digitalen Werbeanlagen in Hamburg ist vollkommen im Bereich des Möglichen. Diese haben einen sehr hohen Stromverbrauch, benötigen Ressourcen in der Herstellung, emittieren Licht und lenken Menschen durch animierte Bildfolgen besonders stark ab.

Das bedeutet nicht, dass Plakatwerbung auf klassischem Papier ressourcenfreundlich wäre. Auch beleuchtete und bewegte Werbeträger wie die 2.355 City Light Poster verbrauchen viel Strom und emittieren Licht. Der Papierverbrauch ist immens. Alleine die Wall GmbH (JCDecaux) verbraucht in Hamburg monatlich 4 bis 6 Tonnen Papier. Der Verbrauch der »Deutsche Städte Medien GmbH« (Ströer) wird angeblich nicht erfasst, dürfte aber ähnlich hoch sein.

Ist eine solche Ressourcenverschwendung angesichts der Klimakrise zeitgemäß?

Der Senat konnte oder wollte in der Antwort auf die Große Anfrage der Linksfraktion (Drucksache 22/3132 vom 4.2.2021) weder den Strom- noch den Papierverbrauch noch die Lichtemissionen benennen, die durch Außenwerbung in unserer Stadt verursacht werden. Fest steht: Es handelt sich um Ressourcenverbrauch, der schädlich und unnötig ist. Den größten Teil der Außenwerbung könnte der Senat ganz einfach loswerden, indem keine neuen Verträge über die Sondernutzung durch Außenwerbeanlagen auf öffentlichem Grund mit Unternehmen wie WallDecaux und Ströer abgeschlossen werden. Die bestehenden Verträge laufen am 31. Dezember 2023 aus. Die Firmen müssen die Werbeanlagen dann vertragsgemäß abbauen, die Stadt würde sofort schöner und es könnten an den frei gewordenen Plätzen Bäume gepflanzt und Sitzgelegenheiten aufgestellt werden.

Zugegeben, es gibt auf der Welt und in Hamburg wichtigere Themen als Außenwerbung. Aber ist das ein Grund, sich nicht damit auseinanderzusetzen? Außenwerbung ist unäs-

thetisch und bedeutet sinnlose Ressourcenverschwendung. Sie stammt aus einer Zeit, in der es als erstrebenswert galt, Menschen zu größtmöglichem Konsum zu animieren, und öffentlicher Raum als bloßer Durchgangsraum gedacht war, den es möglichst schnell zu durchqueren galt. Das ist nicht mehr zeitgemäß. Ein liebevoll gestalteter öffentlicher Raum, der den Bedürfnissen von Menschen und Natur Rechnung trägt, würde unserer Stadt besser zu Gesicht stehen.

Müssen Bushaltestellen denn zwangsläufig durch Public-Private-Partnership mit WallDecaux und Konsorten beschafft werden? Ist das Konzept nicht ziemlich 90er, als Privatisierung noch als cool galt? Wenn dieselbe Firma auf der ganzen Welt das Stadtmobiliar stellt, müssen wir uns auch nicht wundern, wenn es überall gleich aussieht. Hamburg, Barcelona, Kaiserslautern ... gäh. Warum wird die Stadt nicht lokal und individuell gestaltet? Viele Sitzgelegenheiten, öffentliche Toiletten, Wasserspender, Bushaltestellen ohne Werbung, dafür mit bienenfreundlicher Dachbepflanzung, alles designed und made in Hamburg. Muss das Utopie sein?

Wir sind eine kleine Gruppe von lokalen Idealist:innen und haben der Außenwerbung den Kampf angesagt, um unsere Stadt und die Welt ein bisschen besser zu machen. Dem Umweltsenator und den GRÜNEN möchten wir gerne mitteilen: Hey, ihr wollt, dass Hamburg klimaneutral wird? Wir kennen da eine ziemlich gute Möglichkeit, ganz easy Ressourcen zu sparen.

Klar, am einfachsten ist es für Rot-Grün, einfach neue Verträge mit WallDecaux zu schließen. Mit der fortschreitenden Digitalisierung der Werbeanlagen wird unsere Stadt dann aber in Zukunft mehr einer Dystopie als einer Utopie gleichen. Eine mutige und selbstbewusste Regierung würde einen anderen Weg gehen.

Wir hoffen beim Senat mit unseren Argumenten auf offene Ohren zu stoßen. Ganz darauf verlassen möchten wir uns aber nicht und werden deswegen das Mittel Direkte Demokratie nutzen und eine Volksinitiative starten. Unser Gesetzentwurf



Das Logo der Initiative



IQOS Hamburg im Frühjahr 2021

wird durch Änderungen im Bauordnungsrecht und im Wegegesetz Außenwerbung weitgehend beenden. Auch ausufernder Fremdwerbung auf privatem Grund wird hierdurch ein Riegel vorgeschoben. Vorbild und Partner ist für uns hierbei die Initiative Berlin Werbefrei. Diese hat 2018 in der ersten Stufe der Volksgesetzgebung 32.456 gültige Unterschriften für ihr Anliegen gesammelt und wurde dann durch eine endlose Prüfung und ungerechtfertigte Ablehnung des rot-rot-grünen Berliner Senats ausgebremst. Nach einem Sieg vor dem Landesverfassungsgericht steht die Initiative vor der zweiten Stufe – dem Volksbegehren. Hamburg Werbefrei und Berlin Werbefrei werden koordiniert vorgehen und planen, den Wähler\*innen parallel zur Europawahl 2024 jeweilige Volksentscheide, die letzte Stufe der Direkten Demokratie, zur Abstimmung vorzulegen.

In Hamburg braucht es für eine Volksinitiative zehntausend gültige Unterschriften. Die werden wir sammeln, sobald unser Gesetzentwurf fertig ist. Hast du Lust, dich mit uns zu vernetzen oder mitzumachen? Schreib uns gerne! [hallo@hamburg-werbefrei.de](mailto:hallo@hamburg-werbefrei.de)

Wir fordern:

- Keine neuen Verträge mit WallDecaux, Ströer und Konsorten
  - Deutlich weniger Außenwerbung (Ausnahmen für weniger umweltschädliche und aufdringliche Werbeformen, 50% für Kultur und non-profit)
  - Schönes Stadtmobiliar mit bienenfreundlicher Begrünung
- Wer übrigens meint, dass die Einnahmen durch Außenwerbung einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben beitragen, irrt gewaltig. Knapp 26 Millionen Euro pro Jahr klingen erst mal nach viel, sind aber weniger als 0,15% des Hamburger Haushalts. Für eine weitere Elbphilharmonie müssten wir 33 Jahre lang zwangsglotzen, um die HSH Nordbank nochmal zu retten 462 Jahre. Außerdem verkauft die Stadt etwas, was ihr nicht gehört – die Aufmerksamkeit von uns Menschen.

Der Gewinn an Ästhetik, Ressourcenschutz und Einzigartigkeit würde für unsere Stadt die mickrigen Einnahmen bei weitem überwiegen. Schön und besonders zu sein wäre doch auch eine ziemlich gute, ähem, Werbung für Hamburg.

## Kultur Tipp: Tage des Exils



Foto: Körber-Stiftung/Tage des Exils

Es ist in diesen Monaten der Pandemie nicht einfach, kulturelle Leckerbissen aus dem deutlich schmaler gewordenen Angebot herauszupicken, allemal, nachdem wir erneut in den Lockdown gegangen sind. Umso bemerkenswerter ist, dass die Körber-Stiftung, unterstützt von mehr als 50 Organisationen, auch in diesem Jahr an ihrem aufwändigen Programm »Tage des Exils« festhält. Seit dem 6. April bis zum 7. Mai werden insgesamt 60 Veranstaltungen, nach letzten Angaben davon 30 online, stattfinden. Der Situation gemäß heißt es aber, sich quasi täglich ein Bild auf der Website [www.tagedesexils.de](http://www.tagedesexils.de) zu machen, was nun genau wie und ggfs. wo durchgeführt wird.

»Wer keine Heimat mehr hat, dem wird wohl gar das Schreiben zum Wohnen.« Mit diesem anregenden Satz von Theodor W. Adorno leitete das »Hamburger Abendblatt« am 31. März sein vierseitiges Special ein. Und variiert den in verschiedenen Ausführungen. »Fremd in der Heimat, heimatlos in der Fremde«, so lautet beispielsweise der Einleitungsbeitrag, in dem einige der beteiligten Autor:innen vorgestellt werden. Dazu zählen u.a. Zohre Esmaeli aus Afghanistan, seit

1998 im deutschen Exil (26.4., 19.00 Uhr), oder Arfasse Gameda, die mit ihrem bekannten Sohn Yared Dibaba über ihr Leben der Oromo in Äthiopien und die Gründe ihrer Flucht 1979 sprechen wird (29.4., 19.00 Uhr).

Neben den internationalen Gästen, die irgendwann ihre ursprüngliche, teilweise weit entfernt liegende Heimat verlassen haben, wird auch die Verfolgung von Künstler:innen und Literat:innen in der NS-Zeit eine zentrale Rolle spielen. Es geht um Erika und Klaus Mann (20.4., 19.00 Uhr), Martha Glass (28.4., 18.30 Uhr) und viele andere. Nicht zuletzt präsentiert das umfangreiche Programm auch Szenisches, Ausstellungen, filmische und musikalische Darbietungen. Getreu dem Satz von Bertolt Brecht: »Aber wir wanderten doch nicht aus, nach freiem Entschluss...Vertriebene sind wir, Verbannte« (1937).

Es lohnt das Studium des Gesamtprogrammes unter [www.koerber-stiftung.de/tage-des-exils/veranstaltungen](http://www.koerber-stiftung.de/tage-des-exils/veranstaltungen), das Lust macht auf mehr. Und die Hoffnung nährt, dass wenigstens die angegebenen digitalen Veranstaltungen ohne Probleme zu verfolgen sind.

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg